

# Politische Lage um 1805. Napoleon und die Schweiz. Die "états fédératifs", europäischer Staatenbund und abendländisches Kaiserreich

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: Chapter

Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde

Band (Jahr): 18 (1919)

PDF erstellt am: 17.07.2024

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

schrritten die Oesterreicher den Inn. Noch im Juli war ein Kriegsplan angenommen worden, wonach man drei Armeen (in Italien, in Tirol und am Inn) aufstellen wollte. Die stärkste derselben, nämlich die italienische, sollte unter dem Oberbefehl des Erzherzogs Karl die Operationen beginnen; die deutsche Armee sollte im Verein mit den Russen in Süddeutschland operieren; die dritte endlich musste unter Erzherzog Johann ihren Weg durch die Schweiz suchen. Während die nach Süddeutschland vorstossende Armee der Führung des eitlen und unfähigen Mack unterstellt war, liess Napoleon seine Armee in aller Stille über den Rhein vorrücken und übernahm dann persönlich das Kommando. Den Verlauf des Feldzugs zu verfolgen, ist nicht unsere Aufgabe. Zweifellos hing von den diplomatischen Unternehmungen, die dem Krieg vorangingen, und dann vom militärischen Erfolg nicht nur das Schicksal der habsburgischen Monarchie ab, sondern dasjenige des Deutschen Reiches.

Die Haltung der Eidgenossenschaft, die wieder einmal in Gefahr war, Kriegsschauplatz zu werden, war durch Tradition und Verträge bestimmt. Ihr einziges Ziel konnte sein: die Aufrechterhaltung der Neutralität, freilich einer Frankreich günstigen Neutralität!

Die Stellungnahme der süddeutschen Höfe aber war nicht von Anfang an entschieden. Da von der schliesslichen Wahl auch die künftige Politik abhing und eine Teilnahme der Süddeutschen auf Napoleons Seite mit Notwendigkeit zu künftigem engem Anschluss an Frankreich führen musste; da ferner das Schicksal der Schweiz durch jede derartige Konstellation auf Jahre hinaus beeinflusst wurde, müssen wir uns in die Situation vor Kriegsausbruch hineinversetzen. Zur Charakterisierung der Lage aber dürfen wir den Blick über das Jahr 1805 hinausgehen lassen.

### **3. Politische Lage um 1805. Napoleon und die Schweiz. Die „états fédératifs“, europäischer Staatenbund und abendländisches Kaiserreich.**

Der dritte Koalitionskrieg, in dem Frankreich sich Oesterreich, Russland, England und Schweden gegenübergestellt sah, eröffnete Baden die Möglichkeit der ersehnten Gebiets-

erweiterung. Aber um welchen Preis! Wurde der Kurfürst Karl Friedrich der Bundesgenosse Napoleons, dann war er der Feind des Reichsoberhauptes. Durch die Verbindung mit dem Franzosenkaiser entzog er nicht nur Oesterreich seine Unterstützung, sondern er beteiligte sich geradezu an der Auflösung des heiligen römischen Reiches. Karl Friedrich, „dessen patriotische Gesinnung ausser Zweifel steht“,<sup>1)</sup> wurde vor die Frage gestellt, ob er um seiner eigenen Erhöhung willen zum Mitschuldigen am Untergang des Deutschen Reiches werden, oder ob er aus Gewissensgründen sich dem Koloss entgegenstellen wolle. Dann allerdings versäumte er nicht nur den Augenblick, der seinem Staat Vergrößerung und Bedeutung verschaffen konnte, sondern sogar die Existenz dieses Staates ward aufs Spiel gesetzt. Denn am Reich fand er nicht Halt noch Stütze. Als Nachbar Frankreichs aber musste er wissen, ob er Napoleon als Feind ertragen könne.

Die Freundschaft und Bundesgenossenschaft mit dem Eroberer sicherte ihm nicht nur die Fortdauer seiner Regierung, sondern noch grössere Entschädigung für die Territorien, die er auf dem linken Rheinufer an Frankreich hatte abtreten müssen. Diese Abfindung konnte nur ausserhalb der natürlichen Grenzen Frankreichs, also auf dem rechten Rheinufer erfolgen. Die österreichischen Vorlande konnten als Abschlagszahlung verwendet werden. Unvermeidliche Folge freilich war die Verfeindung mit Habsburg und die Abhängigkeit von Napoleon, der gewissermassen die Garantie für den Besitz des Raubes übernahm.

Solche Erwägungen lasteten vor Kriegsausbruch 1805 auf dem badischen Kabinett. „Man lebte hier in einer fiebernden Spannung, zwischen Angst und Begehren, im Angesicht verhängnisvoller Entschlüsse“.<sup>2)</sup>

Während nun Oesterreich kostbare Zeit verstreichen liess und viel zu spät sich um den Beitritt der süddeutschen Staaten bewarb, unterliess Napoleon nichts, um durch Drängen, Drohen und Versprechen die drei Höfe Bayern, Württemberg

<sup>1)</sup> Theodor Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes, I 116.

<sup>2)</sup> Willy Andreas, Bad. Polit. unter Karl Friedrich. Ztschr. für Gesch. des Oberrheins. N. F. XXVI, p. 432.

und Baden für sich zu gewinnen. Dabei war ihm keineswegs ihre geringere oder bedeutendere militärische Leistungsfähigkeit für den Augenblick von erster Bedeutung, sondern die Durchführung jener politischen Ziele, die er in Deutschland seit Campofornio verfolgte. Aus den deutschen Südstaaten gedachte er jene dritte Grossmacht im Reiche, das dritte Deutschland, zu bilden, das schon das Direktorium<sup>1)</sup> der preussischen und der habsburgischen Grossmacht entgegensetzen wollte. Dieser Gedanke lag denn auch jenem Unionsplane zugrunde, den Karl Friedrich während seiner Anwesenheit in Mainz kennen lernte (1804). Es war dort, wie wir bereits wissen, von einem deutschen Fürstenbunde unter französisch-russischem Protektorat die Rede, zum Schutze gegen jede Vergewaltigung durch Oesterreich und Preussen. Der Kurfürst und seine Regierung standen dieser Unionsidee, die im Februar 1805 ganz fallen gelassen wurde, von Anfang an kühl und skeptisch gegenüber.<sup>2)</sup> Aber aus den Zeilen des badischen Ministers Edelsheim an den russischen Botschafter in Wien leuchtet doch der Grundgedanke Napoleons durch, mit den süddeutschen Staaten ein einheitliches Gegengewicht — natürlich unter rein französischer Leitung — zu schaffen gegen die beiden deutschen Grossmächte. Edelsheim schreibt: „Sollten die Fürsten blind genug für ihr eigenes Interesse sein und sich nicht über die Sache verständigen können, so würde Napoleon das ganze Land zwischen dem Rhein und Oesterreich dem Kurfürsten von Bayern übertragen, da er lieber mit drei Mächten zu tun haben wollte, als mit diesen kleinen, unnützen und durch ihre Uneinigkeit ohnmächtigen Staaten.“<sup>3)</sup> In diesen Worten liegt eine Drohung, wie sie seit der französischen Invasion der Schweiz z. B. mehr als einmal zuteil geworden ist; beschönigt wurden solche Drohungen gewöhnlich mit der Phrase, das wahre Interesse des kleinen Staates zu fördern, dem es an Einsicht oder an der Fähigkeit mangle, den eigenen Vorteil zu erkennen und zu befolgen. In Tat und Wahrheit aber erstrebte die französische Politik eine der-

<sup>1)</sup> Bitterauf, I 58.

<sup>2)</sup> Polit. Corresp. V, XXII.

<sup>3)</sup> Klein-Hattingen, Napoleon I., I 595.

artige Umgestaltung der Dinge, dass dem kleinen Staate jede Selbstbestimmung entzogen und er das brauchbare Instrument Frankreichs werde. Das heisst: das französische Protektorat in dieser oder jener Form war politischer Endzweck.

Der Krieg von 1805 eröffnete dem badischen Haus — allerdings unter Preisgabe der noch verbliebenen Selbständigkeit — die Aussicht auf den Besitz von Breisgau und Ortenau;<sup>1)</sup> dem französischen Kaiser aber verhies diese Unternehmung viel mehr. Sie konnte ihm die Gelegenheit geben, die süddeutschen Fürsten, die nach kleinem Vorteil haschten, in Pflicht und Dienst zu nehmen. Seine grossen Pläne förderten sie, ohne dass sie sich dessen im ganzen Umfang bewusst wurden: sie halfen mit an der Erschütterung bisheriger Staatensysteme, freuten sich wohl auch an den Demütigungen, denen bald Oesterreich, bald Preussen ausgeliefert war, und trugen bei zur Zerstückelung, zum „démembrement“ des Reiches, und halfen so den Thron für den „Kaiser des Okzidenten“ errichten, der auch ihnen Gesetze vorschrieb. Sie trugen bei zur Herausbildung jener Macht, die Metternich 1806 als eine unumstössliche Tatsache anerkennt.<sup>2)</sup> Aber als Metternich mit der Möglichkeit dieses Staatenbundes unter Frankreichs Vorsitz rechnete, da fügte er sich bereits den Ereignissen.

Den fürchterlichen Schlägen, welche die Monarchie bei Austerlitz erhalten hatte, beugte sich der österreichische Staatsmann, als er diese Aufrichtung der französischen Vorherrschaft im Abendlande anerkannte. Aber lange bevor die Katastrophe über Habsburg hereinbrach, begeisterte sich der badische Gesandte Freiherr von Dalberg an dem Traum

1) „S. M. l'Empereur a flatté la maison de Bade de la possession du Breisgau et de l'Ortenau.“ „Une brouillerie entre la France et l'Autriche“ könne dies Versprechen verwirklichen. (12. März 1805, Dalberg an Edelsheim.) Polit. Corresp. V, Nr. 271.

2) Er schlägt eine Defensivallianz zwischen Oesterreich, Russland und Preussen vor. Eine geographische Linie, sagt er, trennt den zu verteidigenden Osten von dem momentan unter Frankreichs unumstösslichem Einfluss stehenden Westen; dieser letztere muss preisgegeben werden: „On ne s'opposerait pas à un système fédératif dans l'occident de l'Europe, à la tête duquel se trouverait la France“. Aufsatz Metternichs über einen politischen Plan. Januar 1806. Mett. nachgel. Papiere II, 104.

der Errichtung eines okzidentalischen Kaiserreichs unter Napoleon.<sup>1)</sup> Welcher selbständige Staat fand dann noch Raum in Europa? Und welche Selbständigkeit bestand ihrem innern Wesen und nicht nur dem Scheine nach? Ob abendländisches Kaisertum oder europäischer Staatenbund unter Frankreichs Führung: die Form war nicht das Entscheidende, sondern die Tatsache, dass Europa von einem einzigen politischen Willen inskünftig geleitet wurde, von demjenigen Napoleons. Auf diese Zusammenfassung aller Kräfte aber, auf diesen engen Zusammenschluss arbeitete Napoleon hin im Jahre 1805, und die Nachgiebigkeit der süddeutschen Staaten wie die Ohnmacht Oesterreichs und die Unfähigkeit Preussens haben ihn dies Ziel, eine Etappe vorläufig nur, erreichen lassen. Es klingt wie Triumph, den er nicht beherrschen kann, wenn er dann im Jahre 1806, nach Abschluss des Pressburger Friedens und in der bestimmten Erwartung, dass mit Bayern, Württemberg und Baden demnächst der Allianzvertrag unterzeichnet werde,<sup>2)</sup> seinem Bruder Joseph schreibt: „Je vous ai, je crois, déjà dit, que mon intention est, de mettre le royaume de Naples dans ma famille. Ce sera, ainsi que l'Italie, la Suisse, la Hollande et les trois royaumes d'Allemagne, mes états fédératifs, ou véritablement l'Empire français.“<sup>3)</sup>

In Tat und Wahrheit das französische Kaiserreich! Ein Bestandteil davon die Süddeutschen und — die Schweiz! Darin liegt gerade die Bedeutung aller Umwälzung für die Eidgenossenschaft, dass sie direkt oder indirekt dadurch betroffen wurde. Es war für sie nicht gleichgültig, ob sie im Süden republikanische Staaten oder ein „Königreich Italien“ unter Napoleon zum Nachbar hatte. Die Abdrängung Oesterreichs von der schweizerischen Ostgrenze war für sie von lebendiger Bedeutung. Das Gegengewicht, das die habsburgische Monarchie in der Schweiz gegen den französischen Machthaber gebildet hatte, war eine Notwendigkeit gewor-

<sup>1)</sup> Pol. Corr., p. 248. 19. V. 1805 (Dalberg an Edelsheim).

<sup>2)</sup> Der Entwurf dieser Konvention ist mit dem 16. und 21. Januar 1806 datiert! Er kam nicht zur Ausführung, s. u.

<sup>3)</sup> 27 janvier 1806, Nap. à Joseph. Correspondance de Napoléon I., t. XI.

den.<sup>1)</sup> Uebernahmen die süddeutschen Höfe die österreichische Erbschaft an der schweizerischen Landesmark, und lieferten sie sich als Vasallen dem französischen Kaiser aus, dann war die Eidgenössenschaft von Frankreich umklammert. Ihre Existenz, ihre Fortdauer war täglich in Frage gestellt.

Dieser Zustand wurde aber geschaffen durch den Anschluss der drei Kurstaaten an Napoleon im Jahre 1805. Der Rheinbund ist nur die logische Konsequenz der ersten Bündnisschritte. Die Selbständigkeit ist von Anfang an preisgegeben: Bayern, Württemberg und Baden tauschen ihren Rest von Unabhängigkeit ein gegen ihre territoriale Vergrößerung und gegen die Rangerhöhung der Fürsten. Mit offenen Augen! So schärft noch am 11. Juni 1806 der bayerische Staatsminister, der Freiherr von Montgelas, seinem Gesandten in Paris ein, er müsse sich energisch für die Gebietserweiterung einsetzen; das Bündnis dürfe nicht von der Teilung getrennt werden: „Ohne diese Vorsicht wäre es möglich, dass man uns Ketten auferlegte, ohne sie auch nur zu bezahlen, und das wäre zu stark“. Damals freilich war die Entscheidung tatsächlich schon gefallen. Der Kaiser wusste sich seiner Sache sicher. Europa, so sagt uns ein Rapport aus dem Juni des Jahres 1806 an den französischen Kaiser, habe sich überzeugen müssen, dass der Kaiser den festen Willen habe, „de placer sous sa puissante sauvegarde tous les états du midi de l'Europe,“ und nicht zu dulden, dass in dieser politischen Schutzzone („sphère de ce patronage politique“) ein einziger Staat existiere, der durch Zwang oder freie Wahl, aus Gewohnheit oder aus Notwendigkeit, dem Einfluss der englischen Regierung unterworfen sei.<sup>2)</sup> Nun war es aber längst schon Napoleons Taktik, jede ihm unangenehme Willensäußerung in seinem Staate einerseits auf englischen Einfluss zurückzuführen,<sup>3)</sup> anderseits als persönliche Beleidigung aufzufassen oder wenigstens den Heraus-

<sup>1)</sup> Johannes v. Müller schreibt am 6. April 1805: „Die Oesterreicher sind (nämlich das Kabinett) um kein Haar besser als die Franzosen: dass aber diese zu mächtig sind, und einiges Gleichgewicht wünschbar sei, ist eben so unstreitig.“ Haug, Briefwechsel Müller II, 80.

<sup>2)</sup> Steiner, Napoleons I. Politik, 6. Anm. 1.

<sup>3)</sup> „Widerstand würde Aufruhr, englische Kabale heissen.“ Haug a. a. O., II, 83.

geforderten zu spielen, wie er z. B. die gegen seine Weisung erfolgte Wahl Wattenwyls zum General als einen „ihm zugefügten Affront“<sup>1)</sup> aufgenommen und der Tagsatzung von 1805 nicht vergessen hat.

In Wirklichkeit war ja auch die Politik, die er verfolgte, längst nicht mehr Politik Frankreichs, sondern Politik des Kaisers. Seine Absichten, Ziele, Mittel waren rein persönlicher Art. Er war Selbstherr. Die politischen Ziele des Direktoriums nach aussen übertrieb er ins Immense, ins Uferlose. In seinen Handlungen liess er sich einerseits leiten von kühler Vernunft — und sein politischer Verstand verschaffte ihm, in Verbindung mit seinen Machtmitteln, die grosse Ueberlegenheit über die Diplomaten und Fürsten seiner Zeit —; andererseits peitschte ihn der Ehrgeiz zu stets gewagteren Unternehmungen und versetzte ihn in jene Unruhe, die ihn des Errungenen nie froh sein liess. Niederreissen und Aufbauen, Zerstören und Schaffen wechselten. Und das kaum Begonnene wurde oft schon in den Anfängen wieder vernichtet. Neue Kombinationen verhinderten die Durchführung früherer Pläne. Seine Politik, deren einheitliche Züge im Grossen unverkennbar sind, bekam dadurch etwas Gewalttätiges. Alle Gewalt aber und was sie in Unnatur geschaffen, ist vorübergehend.

Von der Erschütterung des Reiches im Jahre 1805 musste auch die Schweiz getroffen werden. Ihre Existenz stand nicht deshalb in Gefahr, weil einerseits Frankreich sich immer mehr in ihr Gebiet hineinfraß, andererseits, wie wir sehen werden, Baden Ansprüche auf ihren Besitzstand erhob, sondern ihre Fortdauer stand deshalb auf dem Spiel, weil ein Einzelner, dem Gewalt gegeben war, sich darüber zu verfügen getraute. Und je nachdem kühler Verstand oder Leidenschaftlichkeit

<sup>1)</sup> Vischer, Beiträge zur Gesch. der Mediation. Basl. Zeitschr. XII, 259, 262. „Provokation“, ebenda, p. 263. — Die schweizerische Abordnung nach Chambéry empfing Napoleon am 7. April 1805 mit „freundschaftlichen Ausdrücken“, „er nehme allen Anteil an derselben (Schweiz) Glück“. (Merians Reisebeschreibung, hg. Refardt, im Basler Jahrbuch 1917, p. 283). — „Ich habe Ursache genug, mit den von Ihnen im Namen der Schweizerkantone ausgesprochenen Gesinnungen zufrieden zu sein.“ Tillier, Gesch. der Eidgenossenschaft, Mediation, I 185. — Der schweizerischen Abordnung nach Strassburg aber, September 1805, ward ein „eisiger Empfang“ (Vischer) zuteil. Die Teilnehmer nennen die Audienz „herb und unfreundlich“. Vischer a. a. O., p. 262.



ihn beherrschte, kennzeichnete er durch Wort und Gebärde sein Verhältnis zur Eidgenossenschaft. Auf dem Wege zur Krönung nach Mailand, in der Erkenntnis, die Schweiz als Verbindung mit seinem neuen Königreich jenseits der Alpen nötig zu haben, und im Bewusstsein, in ihr das Werkzeug seines Willens zu besitzen, tat er freundlich mit der eidgenössischen Abordnung in Chambéry. Prahlerei mischte er mit der Gutmütigkeit, mit dem Wohlwollen und Mahnen des Starken. „Mit Vergnügen,“ so äusserte er sich, „sehe ich, dass alles in der Schweiz ziemlich gut geht. Jetzt, wo Piemont, Savoyen und Mailand unter meiner Herrschaft vereinigt sind, kann nichts einigermaßen Bedeutendes, was in der Schweiz vorgeht, mir gleichgültig sein. Wenn ihr Vertrauen zu mir habt und mir die Dinge auf eine angemessene Weise vorbringt, so werde ich mich stets bemühen, ihnen eine befriedigende Wendung zu geben.“<sup>1)</sup> Umgekehrt: die Abordnung von 1811 z. B. überschüttet er mit Schimpf und Drohung. In Erinnerung an die patriotische Rede Sydners in der Tagsatzung sagt er, wenn er herausgefordert, wenn er „provoziert“ werde, dann könne er für sich selbst nicht gut stehen. Er gab zu verstehen, er könnte vielleicht einmal „um Mitternacht beim Erwachen das Dekret zu ihrer Einverleibung unterzeichnen.“<sup>2)</sup>

Mit derartigen Redensarten erzielte aber Napoleon nicht nur die Wirkung, auf die es ihm im Augenblick ankam, sondern sie beeinflussten die ganze Auffassung, die man von seiner Politik gewinnen musste. Sie erschien unzuverlässig im höchsten Grad, unberechenbar, weil sprunghaft. Am deutlichsten erkennen wir diesen Eindruck heute noch aus dem Briefwechsel der Brüder Johann Georg Müller und Johannes Müller: sie mühen sich ab, Klarheit zu gewinnen; aber es gelingt ihnen nicht. Deshalb ergehen sie sich in geradezu ermüdenden Prophezeiungen. Aber in den temperamentvollen Deklamationen des Geschichtsschreibers Johannes vibriert doch die Macht seiner Zeit und seiner Erlebnisse. Darum findet er so oft das richtige Wort. Er sieht tiefer und weiter als die meisten

<sup>1)</sup> Tillier, a. a. O., I 185.

<sup>2)</sup> 28. Juni 1811, Reinhard an Landammann. Bundesarchiv. — Tillier, a. a. O., I 432. — Dierauer, Gesch. d. schweiz Eidg., V 285.

seiner Zeitgenossen, vielleicht gerade deshalb, weil er sehen will. Er fürchtet viel Unheil für sein Vaterland; aber er glaubt nicht an die Dauer der napoleonischen Gewaltherrschaft. „Der Zerstörer ist kein Baumeister, legt keinen unerschütterlichen Grund, steht mit seiner unüberwindlichen Willenskraft allein, er ist ein Sterblicher.“<sup>1)</sup> Befürchtungen und Hoffnungen finden vor Kriegsausbruch 1805 und in den ersten Monaten 1806 einen besonders starken Ausdruck. Denn mit dem Kriege schien die Tragödie ihrem Höhepunkt zuzustreben: „Ein neuer Akt, der dritte etwa, des grossen Trauerspiels von Europa fängt an, und scheint noch wichtiger werden zu wollen als die zwei überstandenen . . . . Vielleicht müssen die Zuschauer am Ende die Acteurs bezahlen: nicht sowohl die, welche nicht mitspielen konnten, als die, welche es nicht wollten.“<sup>2)</sup>

So wurde der Krieg von 1805, von dem sich die Schweiz nach alter Tradition fernhielt, zu einem Ereignis, durch das auch das Schicksal des Unbetheiligten geschmiedet wurde. Des Unbetheiligten? Aus Acteurs und Zuschauern setzte sich das Haus zusammen, und dass nicht nur die Acteurs — das geschlagene Oesterreich —, sondern auch die Zuschauer bezahlten — also auch die Schweiz —, das war, wie wir sehen werden, die feste, geradezu selbstverständliche Meinung der badischen Diplomatie. Die Schweiz war, genau wie die süddeutschen Staaten, in die allgemeine Rechnung eingestellt. Den Ausgang des Krieges mit seinen unermesslichen Folgen musste auch die Eidgenossenschaft zu spüren bekommen. Ja, vom ersten Augenblick an, da das Ringen zwischen Oesterreich-Russland (mit England zur See) und Frankreich einsetzte, trat sie genau so in den Kreis der Berechnungen Napoleons, wie die Südstaaten. Wie der Kaiser mit Bündnisanträgen an Bayern, Württemberg und Baden herantrat, so instruierte er auch seinen Gesandten in der Schweiz, damit er, heute für die Wahl des eidgenössischen Generals, morgen für die Verteilung der Grenztruppen, in einseitig französi-

<sup>1)</sup> 17. Januar 1806. Johannes M. an Joh. Georg. Werke VII, 192 ff. verstümmelt. — Haug, Briefw. Müller II, 89.

<sup>2)</sup> 21. Sept. 1805, Joh. Georg Müller an Johannes. eod. l. I, 386.

schem Interesse Weisung erteile.<sup>1)</sup> Und auch der Ausgang war für beide Teile, die süddeutschen Bundesgenossen und die neutralen Schweizer, in ihrem Verhältnis zu Frankreich von gleicher Bedeutung. Klar hat dies Johann Georg Müller vorausgesehen; in einfacher Deutlichkeit spricht er sich Mitte September darüber aus: „Soll aus ganz Süd- und Westeuropa Ein Reich werden, so können wir uns nicht halten.“<sup>2)</sup>

Daraus aber ergibt sich, dass der nachträgliche Versuch Badens, schweizerisches Territorium sich anzueignen, bei weitem nicht jene Bedeutung gewinnt, die wir ihm beilegen, wenn wir diese Annexionsbestrebungen aus dem Zusammenhange herausgreifen. Von viel grösserer Wirkung für das künftige Verhältnis der Schweiz zu Frankreich war die ganze Politik, welche seit 1805 besonders die süddeutschen Höfe verfolgten. Ihre Allianz im Spätsommer 1805 führte zum Bruch mit Oesterreich, zur Ausweitung der französischen Machtsphäre mit Hilfe des Rheinbundes, zur Auflösung des Deutschen Reiches im Sommer 1806, und, infolge der Gebietserwerbungen durch die Rheinbündler, zur völligen Einschnürung und Isolierung der Eidgenossenschaft. Diese Entwicklungslinie gilt es für uns festzuhalten, wenn wir im folgenden die einzelnen Etappen betrachten. Denn nichts anderes als Etappen sind die Versuche, die Schweiz in den Kreis des Rheinbundes einzubeziehen oder sie aufzuteilen, oder endlich sie einem französischen Fürsten auszuliefern. Dass weder das eine noch das andere geschah, lässt uns mit Sicherheit auf besondere Zwecke und Absichten Napoleons schliessen, und wenn sie nur in ihren ersten Anfängen (Besetzung des Tessin, beabsichtigte Konskription) erkenntlich sind, so hängt dies zusammen mit dem plötzlichen Zusammenbruch der napoleonischen Herrlichkeit. Napoleon gehört zu den Männern, die mitten aus ihrer grossangelegten Tätig-

---

<sup>1)</sup> Grollend schreibt Napoleon am 29. September 1805 an den Landammann Glutz von Strassburg aus: „Je ne doute point que vous soyez persuadé qu'il est dans votre intérêt de ne me donner aucun ombrage pour mes frontières de Franche-Comté, et que l'armée de la Confédération ne soit pas dans la main d'hommes stipendiés par l'Angleterre . . .“ etc. Tillier, I 217. Anm. 3.

<sup>2)</sup> 21. Sept. 1805, Joh. Georg Müller an Johannes. l. c., I 387. Allerdings rechnet er auf eine Erhebung, sobald die Gelegenheit sich zeige.

keit herausgerissen werden, denen aber, mit einem Ausdruck Bourgets, beschieden ist: „la poésie des destinées inachevées“.

Seine Ueberlegenheit bewies nun Napoleon auch 1805, als die Frage sich entscheiden musste, ob die süddeutschen Staaten auf französischer Seite gegen Habsburg oder auf österreichischer Seite gegen Frankreich kämpfen würden. Die Verhandlungen mit den Höfen von München, Stuttgart und Karlsruhe bilden das Vorspiel zu den spätern Bündnisanträgen. Indem wir ihnen nun den Blick zuwenden, werden wir auch das Verhältnis der Schweiz zu Frankreich ins Auge fassen müssen, weil wir nur auf dieser Grundlage die Projekte zum Rheinbund, die beabsichtigte Zuziehung der Schweiz und schliesslich die Annexionsbestrebungen Badens verstehen können. Der Grad ihrer Abhängigkeit von Frankreich und die Möglichkeit einer festern Bindung kamen für Napoleon in erster Linie in Frage.

#### **4. Das „dritte Deutschland“. Bündnisse Napoleons mit Bayern (August 1805), mit Baden (September 1805) und mit Württemberg (Oktober 1805). Allianzen der Schweiz mit Frankreich seit 1803.**

Mit der ihm eigenen Entschiedenheit und Raschheit betrieb Napoleon im Frühjahr und Sommer die Vorbereitungen zum Krieg mit der Donaumacht. Mit Bayern sollte ihn eine Familienallianz enge verknüpfen. Für Joseph, den Sohn der Kaiserin, bestimmte er die schöne und jugendliche Prinzessin Auguste. Dass sie bereits mit dem badischen Kurprinzen Karl verlobt war, schien kein unüberwindliches Hindernis. Der französische Kammerherr de Thiard, Graf von Bissy, wurde mit dem heiklen Geschäft betraut, die Zustimmung des bayrischen Kurfürsten Max Joseph und den Verzicht des badischen Kurprinzen zu gewinnen. In Karlsruhe überwand er, freilich mit Anwendung trügerischer Mittel, den Widerstand, und hoffte bald auch mit Max Joseph ins reine zu kommen. Die politischen Allianzen aber liessen diese Heiratsangelegenheit zunächst zurücktreten. Handelte es sich doch darum, die drei süddeutschen Kurstaaten für den bevorstehenden Waffengang auf die Seite Frankreichs zu ziehen. Diese hätten der Parteinahme eine „bewaffnete